

Alexander Gallas/Jörg Nowak

## **Poulantzas und die Krise der Demokratie: Entwurf einer Analysestrategie**

Poulantzas diagnostizierte bereits 1978 einen „Verfall“ der Demokratie; in der gegenwärtigen Krise wird sich vielerorts ähnlich geäußert: Es ist von der politischen Übermacht des Finanzkapitals die Rede, was allerdings bislang kaum empirisch überprüft worden ist. Wir möchten ein Forschungsprogramm vorstellen, das den Zusammenhang zwischen globaler Finanz- und Wirtschaftskrise und Krise der Demokratie operationalisiert und von Poulantzas inspiriert die damit einhergehende Neukonfiguration kapitalistischer Klassenherrschaft betrachtet. Unsere Ausgangsannahme lautet, dass Regierungsstrategien in der Krisensituation die Mechanismen der Repräsentation der Arbeiterklasse auf der politischen Ebene ausschalten – und dass sich dies negativ auf die Qualität von Demokratie auswirkt. Dafür überprüfen wir die demokratische Qualität von Regierungsstrategien in Großbritannien und Deutschland, die auf die Bearbeitung der Finanz- und Wirtschaftskrise zielen. Dabei interessieren uns drei Felder: Finanzmarktpolitik, Geldpolitik und Fiskalpolitik.

Auf der Ebene von Regierungshandeln operationalisieren wir unsere Ausgangsannahme, indem wir zunächst mit Hilfe der Diskursanalyse nach Maarten Hajer überprüfen, ob wirkmächtige Diskursinterventionen auf den drei Feldern auf die Existenz einer Diskurskoalition von Finanzwirtschaft und Regierung schließen lassen, die Gewerkschaften als Instanzen der Repräsentation von Lohnabhängigen ausschließt. Dann untersuchen wir mit Hilfe der politischen Netzwerkanalyse nach R.A.W. Rhodes, ob die von Regierungsseite angestoßenen Konsultationsprozesse bezüglich des politischen Krisenmanagements auf die Bildung einer entsprechenden ‚policy community‘ schließen lassen. Damit lässt sich empirisch überprüfen, ob sich ein „paralleles Machtnetzwerk“ im Sinne von Poulantzas herausgebildet hat, das Regierungshandeln entscheidend beeinflusst und Formen der politischen Repräsentation der Arbeiterklasse bedeutungslos macht. In einem zweiten Schritt untersuchen wir, ob die Politikresultate auf den drei Feldern den Präferenzen der Bevölkerung entsprechen, indem wir Studien zu Einstellungsmustern in der Bevölkerung und Meinungsumfragen auswerten und die Verteilungswirkung der fraglichen Politiken sowie deren Auswirkung auf Fragen privater bzw. öffentlicher Haftung bestimmen. Auf dieser Grundlage lässt sich der Zustand von Demokratie bestimmen. Damit lässt sich abschließend ermitteln, ob sich der von uns angenommene Zusammenhang zwischen Klassenrepräsentation und Krise der Demokratie empirisch aufweisen lässt.